

Tisch -
Vorlage an den Kreisausschuss

Betr.:

**Durchführung eines Beteiligungsverfahrens
zur Vorbereitung der Schulnetzfortschreibung für
das Erbstromtal
(Empfehlung zur Aufnahme in den Tagesordnung
und zur Beschlussfassung)**

Eingang: 05.10.2009
K7 <u>36</u> - <u>2/09</u>
TOP-Nr.: <u>12a</u>
(wird vom Kreistagsbüro ausgefüllt)

I. Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag in seiner Sitzung am 07. Oktober 2009 die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt „Durchführung eines Beteiligungsverfahrens zur Vorbereitung der Schulnetzfortschreibung für das Erbstromtal“ zu erweitern und den Landrat entsprechend der Empfehlung des Ausschusses für Schule und Kultur zu beauftragen.

II. Begründung:

Mit Beschluss des Kreistages vom 06. Mai 2009 wurde der Ausschuss für Schule und Kultur mit der Prüfung beauftragt, welche Varianten der Sanierung der Schulen in Wutha-Farnroda bestehen. Die Ergebnisse sollten bis Juni d.J. dem Landrat vorgelegt werden, so dass die Empfehlungen in den Haushalt 2010 einfließen können.

Als Ergebnis mehrerer Vorortbesichtigungen und Schulausschusssitzungen in den Schulen im Erbstromtal hat der Ausschuss für Schule und Kultur dem Kreistag den Beschluss empfohlen, zur Vorbereitung der Schulnetzfortschreibung für das Erbstromtal den Landrat mit der Durchführung eines Beteiligungsverfahrens zu beauftragen.

Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens sollen als künftig gemeinsamer Schulstandort vorgesehen werden:

- | | | |
|--|---|---|
| 1. für die Grundschulen Thal und Ruhla | - | der Schulstandort der Grundschule Ruhla |
| 2. für die Grundschulen Wutha und Farnroda | - | der Schulstandort der Grundschule Wutha |
| 3. für die Regelschulen Wutha-Farnroda und Seebach | - | der Schulstandort der Regelschule Seebach. |

Der ausführliche Bericht des Ausschussvorsitzenden wird zur Sitzung des Kreistages erfolgen. Für die Schulstandorte Grundschule Farnroda und Grundschule Thal besteht aus Brandschutzgründen dringender Entscheidungs- und Handlungsbedarf. Aufgrund der geringen Schülerzahlen an beiden Regelschulen empfiehlt der Schulausschuss im Beteiligungsverfahren auch ein künftig gemeinsamer Regelschulstandort vorzusehen.



Krebs
Landrat



Döring
Kreisbeigeordnete